

Liechtensteiner Volksblatt

Erscheint Montag, Dienstag, Mittwoch, Donnerstag, Freitag und Samstag · Jeden Donnerstag Grossauflage · Amtliches Publikationsorgan · Tel. (075) 2 42 42 · Einzelpreis: 60 Rp.

AKTUELL

Liberianischer Tanker im Golf in Flammen

Iranische Schnellboote haben am Donnerstag im nördlichen Persischen Golf den unter liberianischer Flagge fahrenden Tanker Peconic in Brand geschossen. Zu dem mit 40 Personen besetzten Schiff wurden Rettungseinheiten entsandt, über allfällige Opfer wurde nichts bekannt.

Kurden-Blutbad in türkischen Dörfern

Bei Kurden-Überfällen in der Nacht zum Donnerstag auf zwei Dörfern in der Südost-Türkei sind 20 Menschen getötet worden. Die Überfälle stehen offenbar im Zusammenhang mit dem Aufenthalt des türkischen Ministerpräsidenten Turgut Özal in der Region. In den vergangenen drei Jahren haben kurdische Überfälle insgesamt 500 Menschenleben gefordert.

Neuauflage des spanischen «Sozialpakts»

Spaniens Ministerpräsident Felipe Gonzalez hat am Mittwoch seine Bereitschaft zu einer Erweiterten Neuauflage des Ende 1986 ausgelaufenen «Sozialpakts» mit Unternehmern und Gewerkschaften erklärt. Der Pakt hatte vor allem Lohnabmachungen und Sozialleistungen zum Inhalt. Seit seinem Auslaufen ist es verstärkt zu Arbeitsstreiks gekommen.

Golfschiffahrt unter UNO-Schutz

Der ehemalige amerikanische Außenminister Cyrus Vance und der ehemalige Verteidigungsminister Elliot Richard, beide gehören zur Spitze der amerikanischen Gesellschaft für die Vereinten Nationen, haben in der New York Times vorgeschlagen, Handelsschiffe im Persischen Golf unter UNO-Flagge fahren zu lassen.

EG-Parlament missbilligt Nachtragshaushalt

Der Nachtragshaushalt der Europäischen Gemeinschaft zur Finanzierung eines Defizits von 2,1 Mrd ECU im Budget 1987 kann in Kraft treten. Das Europa-Parlament stimmte in Strassburg aber einer Resolution zu, wonach es jegliche Verantwortung für den Haushaltsbeschluss der EG-Finanzminister ablehnt.

Steigt die Zahl der Grenzgänger unaufhaltsam an?

Täglich pendeln über 5000 Grenzgänger an ihre Arbeitsplätze in Liechtenstein

Der Arbeitsmarkt reagiert recht flexibel auf die restriktive Ausländerpolitik der Regierung. Da die Wirtschaft ihre Arbeitskräfte nicht mehr im Inland rekrutieren kann und der Zuzug von ausländischen Arbeitskräften gebremst wird, bleibt als Ventil der Griff über die Grenze. Täglich pendeln über 5000 Personen aus der Schweiz und aus Österreich an ihre Arbeitsplätze in Liechtenstein. Die Überfremdung am Arbeitsplatz, die vom Liechtensteinischen Arbeitnehmerverband (LANV) in der Vergangenheit des öfteren hart kritisiert worden ist, ist nicht gebremst, sondern nimmt ständig zu.

Der Grund für die steigende Zahl von Grenzgängern aus den zwei Nachbarstaaten Schweiz und Österreich liegt vor allem in der guten wirtschaftlichen Situation der liechtensteinischen Unternehmen, die ihren steigenden Bedarf an Arbeitskräften nicht mehr im Lande selbst decken können. Dass die Betriebe bei der Aufstockung ihres Personalbestandes gerade auf Grenzgänger zurückgreifen, hat wiederum seinen Grund in der restriktiven Zulassungspolitik der Regierung für ausländische Aufenthalter. Die Zunahme der Grenzgängerzahl aus Vorarlberg lässt dabei in erster Linie auf die gute Konjunkturlage in unserem Land schliessen, während die steigende Zahl von Pendlern aus der Schweiz ihren Zusammenhang mit der restriktiven Ausländerpolitik findet: Früher nahmen die schweizerischen Staatsbürger mit der Arbeitsaufnahme ih-

ren Wohnsitz in unserem Land, heute werden sie bei der Einstellung ins Arbeitsverhältnis dazu angehalten, den Wohnsitz in der Schweiz zu belassen und als Grenzgänger täglich an den naheliegenden Arbeitsplatz in Liechtenstein zu fahren.

Eindrückliche Zahlen

Aus der Statistik lassen sich eindruckliche Zuwachsraten bei den Grenzgängern herauslesen. Am 30. April 1987 waren beispielsweise 3240 (2868) Grenzgänger aus Österreich registriert worden, was einer Zunahme im Vergleich zur Vorjahreszahl um 13 Prozent entspricht. Seit 1980 erhöhte sich die Zahl der österreichischen Grenzgänger um nicht weniger als 42 Prozent. Für die schweizerischen Grenzgänger liegen die Zuwachsraten noch höher: Zwischen 1980 hat sich deren Zahl mit einer Zunahme um 94,5 Prozent praktisch verdoppelt. Bei der Unterscheidung der Arbeitskräfte nach Erwerbsbranchen wird ersichtlich, dass zwar immer die Industrie und das Gewerbe am meisten Grenzgänger beschäftigen, doch der prozentuale Anteil der Dienstleistungsunternehmen stetig im Steigen begriffen ist.

Ausweichen auf Grenzgänger

Die restriktive Zulassungspolitik für ausländische Arbeitskräfte seit Beginn der siebziger Jahre führte zu einem Ausweichen auf die schweizerischen Staatsbürger, die aufgrund des Niederlassungs-

vertrages ohne weiteres in unserem Land Wohnsitz nehmen konnten. Seit jedoch das Freizügigkeitsabkommen mit der Schweiz teilweise suspendiert wurde, hat der Zustrom der ausländischen Wohnbevölkerung zwar nachgelassen, doch auf dem Arbeitsmarkt hat sich keine Veränderung ergeben, sondern nur eine Verlagerung, ein Ausweichen auf die Grenzgänger.

In diesem Zusammenhang sollte wieder einmal daran erinnert werden, dass sich der Liechtensteinische Arbeitnehmerverband (LANV) in der Vergangenheit gegen die sogenannte Überfremdung am Arbeitsplatz stark machte, ohne jedoch konkrete Lösungsvorschläge zu unterbreiten. Seit einiger Zeit ist in dieser Richtung allerdings nicht mehr viel zu vernehmen.

Erinnert werden muss aber auch an die im Auftrag der Regierung erstellte Studie über die Perspektiven der liechtensteinischen Wirtschaft, in der 1982 formuliert wurde, dass der Grenzgängereinsatz zwar ein bequemes Mittel darstelle, doch ein «volkswirtschaftlicher Leerlauf» sei.

Zwar profitiere die Wirtschaft von der Arbeit der Grenzgänger, die schlussendlich eine erhöhte Produktion von Gütern und Dienstleistungen erlaube, aber die daraus entstandene zusätzliche Wertschöpfung in Form von Einkommen werde grösstenteils nicht im Inland, sondern im Ausland ausgegeben und investiert. (G.M.)

KOMMENTAR

Flankierende Massnahmen gegen die Überfremdung am Arbeitsplatz forderte der Liechtensteinische Arbeitnehmerverband (LANV) im Jahre 1982, als die Regierung über erste Erfolge im Kampf gegen die Überfremdung dank der teilweisen Suspendierung des Freizügigkeitsabkommens mit der Schweiz zu berichten wusste. Zwei Jahre zuvor hatten die LANV-Verantwortlichen in ihrem Verbandsorgan dazu aufgerufen, der «immer krasser werdenden Überfremdung am Arbeitsplatz mit aller Konsequenz entgegenzutreten.» Und im Anschluss an die Veröffentlichung der Perspektivstudie über die Zukunft un-

Gesucht: Leitbild

serer Wirtschaft erachtete es der LANV als angebracht, eine «vermehrte Mitsprache» bei der Erteilung von «Neuzuzugs- und Arbeitsbewilligungen für ausländische Arbeitskräfte» als Forderung aufzustellen.

Seither sind rund fünf Jahre vergangen, die Überfremdung im Sinne der Regierung hat sich kaum verändert, die Überfremdung am Arbeitsplatz im Sinne des Arbeitnehmerverbandes verschärfte sich dagegen. Noch nie arbeiteten in der Geschichte unseres Landes so viele ausländische Arbeitnehmer in den Gewerbe-, Industrie- und Dienstleistungsbetrieben. Allerdings wohnen diese Arbeitskräfte in zunehmender Masse nicht mehr bei uns, sondern pendeln täglich aus der Nachbarschaft über die schweizerische und österreichische Grenze zu ihrem Arbeitsplatz in unserem Land.

Einen «volkswirtschaftlichen Leerlauf» nannte Prof. Kneschaurek in der wirtschaftlichen Perspektivstudie dieses Ausweichens auf Grenzgänger, obwohl das Grenzgängertum zur Kompensation einer angespannten Arbeitsmarktlage und zur Begrenzung der Überfremdung der Wohnbevölkerung auch seine Vorteile habe. Auf längere Sicht, so die Studie, komme dieser Zustand aber wohl kaum in Frage.

Was ist zu tun? Statt periodisch ein paar Verlaubarungen über die Überfremdung am Arbeitsplatz unter die Leute zu streuen, könnte ein wirtschaftliches Leitbild erstellt werden. Eine Grundlage für ein solches Leitbild ist mit der Perspektivstudie schon vor Jahren geschaffen worden. Doch danach folgt Leere. Wir würsteln uns fröhlich weiter in die (ungewisse) Zukunft. (G.M.)

Tschernobyl-Unfall brachte viele Umtriebe

Aus dem Rechenschaftsbericht der Regierung für das Jahr 1986 – Ressort Gesundheitswesen

Abkommen über die Unterbringung von Drogenkranken, Vereinbarungen mit den Krankenkassen und höhere Familienzulagen aufgrund eines FBP-Vorstosses im Landtag waren einige der Arbeiten im Ressort Gesundheitswesen der Regierung, das von Regierungsrat Dr. Peter Wolf geleitet wird. Im weiteren ergaben sich aufgrund des Reaktorunglücks von Tschernobyl verschiedene Umtriebe.

Am 10. März 1986 schloss die Regierung mit der Stiftung Maria Ebene, Frastanz, einen Vertrag über die Aufnahme von Patienten aus dem Fürstentum Liechtenstein in die Krankenanstalt für Suchtkranke der Stiftung Maria Ebene in Frastanz, durch den gewährleistet wird, dass Patienten aus dem Fürstentum Liechtenstein nach Massgabe der freien Plätze – unter Bereitstellung wenigstens eines Behandlungsplatzes in der Drogenstation –

zu gleichen Bedingungen wie Vorarlberger Patienten in die Krankenanstalt für Suchtkranke der Stiftung Maria Ebene sowie in die Drogenstation Carina aufgenommen werden. Als Gegenleistung musste Liechtenstein einen einmaligen Kostenbeitrag in der Höhe von öS 1 000 000.– leisten, was vom Landtag in seiner Sitzung vom 21. Mai 1986 genehmigt wurde.

Am 11. März 1986 wurde die Verordnung über die Abgabe von Hilfsmitteln durch die Altersversicherung abgeändert. Durch diese Verordnungsänderung wurden vor allem die Voraussetzungen für die Finanzierung von Hörgeräten neu formuliert.

Am 1. April 1986 trat das vom Landtag am 18. Dezember 1985 beschlossene neue Gesetz über die Familienzulagen in Kraft. Auf den gleichen Zeitpunkt erliess die Regierung eine neue Verordnung, mit

der Organisation und Leistungen der Familienausgleichskasse näher umschrieben wurden.

Beginnend anfangs Mai nahm die Regierung laufend die Berichte der beauftragten Amtsstellen über die Radioaktivitätsmessungen und Konsumempfehlungen in Zusammenhang mit den Folgen des Reaktorunfalls von Tschernobyl entgegen. Die Überprüfung der Folgen dieses Reaktorunfalls stellte im Jahr 1986 zweifellos einen Schwerpunkt im Tätigkeitsgebiet der Lebensmittelkontrolle dar. Während man anfänglich noch auf die Messungen schweizerischer Institutionen – insbesondere die Radioaktivitätsuntersuchungen des Eidgenössischen Instituts für Reaktorforschung in Würenlingen – angewiesen war, konnten ab Ende Juni 1986 durch die Anschaffung eines einschlägigen Gerätes beim Labor Dr. Helmuth Matt in Schaan auch landesintern laufende Messungen durchgeführt werden.

VPB: Gutes Halbjahresergebnis

Anstieg der Bilanzsumme um 13,7 Prozent in den ersten sechs Monaten

Die VPBank kann erneut auf ein gutes Halbjahres-Ergebnis 1987 zurückblicken. Die Bilanzsumme hat in den ersten sechs Monaten 1987 um 13,7 % von Fr. 2,047 Mia. auf Fr. 2,328 Mia. zugenommen, wovon ein Betrag von ca. Fr. 115 Mio. auf die im Monat Mai 1987 erfolgreich durchgeführte Kapitalerhöhung mittels Ausgabe von Partizipationsscheinen zurückszuführen ist. Vom Bilanzsummenzuwachs beträgt der Anteil der mittelfristigen Kundeneinlagen (Spar- und Depositionsgelder, sowie Kassenobligationen) Fr. 46,9 Mio.; und der Anteil der kurzfristigen Publikumsfelder (Kreditoren auf Sicht und auf Zeit) beträgt Fr. 86,8 Mio.

Auf der Aktivseite hat sich das Kreditportefeuille der Bank um Fr. 48,7 Mio. auf Fr. 438,0 Mio. in den ersten sechs Monaten erhöht, wobei die Zunahme der Hypothekarkredite um Fr. 22,1 Mio. hervorzuheben ist. Der Mittelzuwachs aus der PS-Emission wurde teilweise im Geldmarkt bei den Bankendebitoren auf Sicht und auf Zeit investiert.

Auch die Ertragslage der Bank hat im ersten Semester 1987 einen guten Verlauf

genommen. Die Planziele konnten jedoch nicht in allen Sparten erreicht werden. Das Kommissionsgeschäft liegt gesamthaft gesehen über dem Vorjahres-Ergebnis.

Auf der Aufwandseite konnten die Betriebskosten unter Kontrolle gehalten werden. Die Personalkosten hingegen sind, bedingt durch den Personalzuwachs einerseits und durch Anstellungen von Spezialisten andererseits, überproportional angestiegen, bewegen sich aber im Rahmen des Budgets.

Die Geschäftsleitung erwartet für das zweite Semester 1987 eine anhaltend günstige Entwicklung, beeinflusst durch die Verstärkung der Eigenmittel, die nun insgesamt Fr. 350 Mio. oder 15 % der Bilanzsumme erreichen; ferner durch den anhaltend erfreulichen Zuwachs neuer Kundengelder. Die Kunden nehmen die angebotenen Dienstleistungen auf dem Anlagensektor und in der Vermögensverwaltung immer mehr in Anspruch, so dass sich die Auswirkungen in den indifferenten Geschäftsparten im Verlaufe des zweiten Semesters 1987 verstärkt bemerkbar machen werden.

Stetig steigende Motorisierung

Mehr als drei Viertel der Neuzulassungen erfüllen US-Norm 83

Die Motorisierung in unserem Land steigt stetig an. Wie bereits kurz berichtet, sind im Juni insgesamt 287 (255) neue Fahrzeuge bei der Motorfahrzeugkontrolle immatrikuliert worden. Im ersten Halbjahr waren es 1637 (1387) neue Fahrzeuge, die erstmals in Verkehr gesetzt wurden, was einer Zunahme gegenüber dem Vorjahreszeitraum um 18 Prozent entspricht.

Von den erstmals zugelassenen 287 (255) Fahrzeugen im Monat Juni waren 223 (200) Personenwagen, 15 (14) Last- und Lieferwagen, 16 (14) Anhänger, 28 (25) Motorräder, 2 landwirtschaftliche Traktoren, 2 Omnibusse und 1 Spezialwagen.

Von den 223 (200) Personenwagen erfüllten 183 (78) Fahrzeuge oder bereits 82,1 Prozent (39 Prozent) die US-Norm 83. Im Vergleich zum Vorjahr eine beachtliche Steigerung, die allerdings auch damit zusammenhängt, dass ab 1. Oktober 1987 nur noch Fahrzeuge mit US-Norm 83 zugelassen werden.

Von den 183 Personenwagen mit US-Norm 83 entfallen 45 auf die Marke VW,

gefolgt von Opel mit 22, BMW mit 19, Ford und Nissan mit je 13 und Toyota mit 10 Fahrzeugen. Die übrigen Marken erreichten weniger als zehn Katalysatorzulassungen.

Bei den Gesamtzulassungen führt ebenfalls die Marke VW mit 48 Zulassungen die Statistik an, gefolgt von Opel mit 22, BMW mit 20, Ford mit 19 und Nissan mit 17 Zulassungen. Auf Toyota entfielen 16 Neuzulassungen, auf Mazda 11, während die übrigen Marken weniger als zehn Neuzulassungen aufweisen.

Die meisten Personenwagen wurden im Juni in Vaduz (46) in Verkehr gesetzt. In Schaan waren es 38 neue Fahrzeuge, in Triesen 35, in Balzers und Eschen je 23, in Mauren 21, in Triesenberg 15 und in Ruggell 12. In Gamprin wurden 6 neue Personenwagen in Betrieb genommen, in Schellenberg waren es 3 und in Planken wurde 1 Personenwagen immatrikuliert.

Im ersten Halbjahr 1987 wurden 1280 (1082) Personenwagen erstmals in Betrieb gesetzt. Davon erfüllten 990 Fahrzeuge die US-Norm 83, was einem Anteil von 77,3 Prozent entspricht.

Volksabstimmung

Am zweiten Wochenende im September werden die Stimmbürgerinnen und Stimmbürger über das doppelte Ja an der Urne zu entscheiden haben. Die Regierung hat den Abstimmungsstermin, wie unsere Nachfrage ergab, auf den 11. und 13. September 1987 festgelegt, nachdem der Landtag in seiner letzten Sitzung vor der Sommerpause die von der «Freien Liste» eingereichte Volksinitiative behandelt hatte. Stimmen die Bürgerinnen und Bürger dem Begehren mehrheitlich zu, so wird künftig das doppelte Ja bei Vorliegen zweier Initiativen sowie bei einem Vorschlag und Gegenvorschlag zum gleichen Abstimmungsgegenstand möglich sein. Erreichen beide Vorlagen das absolute Mehr, so wird eine Stimmfrage endgültig entscheiden.


Velo-Moto-Club
Vaduz

Diamanten-Kriterium
 Freitag, 10. Juli 87
 ab 19.30; Städtle Vaduz

Hauptsponsor:
DIAMANT-HAUS
 FL-9490 Vaduz, Herrengasse 27